

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 10. Februar 2026

Sperrfrist: 9 Uhr

17. Sicherheitsreport

Zwei Drittel der Bürger haben Angst vor militärischem Konflikt mit deutscher Beteiligung

- Weiter rückläufiges Sicherheitsgefühl
- Bedrohung kritischer Infrastruktur wird bewusster
- Überwiegende Mehrheit der Deutschen sieht USA als Sicherheitsrisiko
- Wachsendes Zutrauen in die Bundeswehr, Zweifel an der NATO
- Breite Mehrheit für verpflichtendes Dienstjahr

■ Sorgen vor allem über äußere und innere Sicherheit

Der seit vier Jahren andauernde Krieg in der Ukraine ist unverändert eine der größten Sorgen der Bevölkerung. Ebenso ängstigt die Bundesbürger die generell unberechenbare Weltlage und das Risiko, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. 78 Prozent der Bürger machen sich große Sorgen über den Krieg in der Ukraine, 72 Prozent über die immer unberechenbarere Lage in Europa und der Welt, 69 Prozent in Bezug auf das Risiko, dass Deutschland direkt an militärischen Konflikten beteiligt werden könnte. Auch innere Sicherheit ist für die große Mehrheit unverändert ein Sorgenpunkt: 63 Prozent machen sich große Sorgen über Kriminalität und zunehmende Gewaltphänomene.

■ Migration sorgt weiter für Ängste

Auch das Migrationsthema ist aus Sicht der Bevölkerung noch nicht entschärft. Zwar hat die Mehrheit durchaus den Eindruck, dass hier ein Kurswechsel erfolgt ist. Die Sorgen über Fluchtbewegungen mit Ziel Europa und speziell Deutschland gehen zurück, gehören aber nach wie vor zu den Hauptsorgen der Bevölkerung. Das hat auch damit zu tun, dass die Bevölkerung zwischen weiterer Zuwanderung und der Verarbeitung der in den vergangenen Jahren erfolgten Zuwanderung trennt.

Das Unbehagen über die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer hat sich weiter verstärkt: 2025 vertraten 58 Prozent die Auffassung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben, aktuell 61 Prozent. Wenn die Frage auf Geflüchtete fokussiert wird, fällen sogar 68 Prozent das Urteil, die Zahl sei zu hoch.

“Viele Bürger haben durchaus registriert, dass wesentlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Aber das Unbehagen über die weitgehend ungesteuerte Migration der vergangenen Jahre ist nach wie vor groß,” erklärt Professor Dr. Renate Köcher, die Geschäftsführerin des IfD Allensbach.

■ **Furcht vor Inflation weiter groß**

Durch die Inflation fühlt sich immer noch knapp die Hälfte der Bevölkerung persönlich bedroht; hier ist zwar seit 2024 ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten, aber die Beunruhigung ist immer noch groß, angetrieben vor allem von Energie- und Lebensmittelpreisen. Die Sorgen vor einem Einkommensverlust haben sich in den letzten Monaten parallel zu den Inflationsängsten zurückgebildet. Gegenläufig wachsen jedoch zurzeit Ängste vor Arbeitslosigkeit: 2024 fühlten sich nur 11 Prozent der Bürger persönlich durch Arbeitslosigkeit bedroht, aktuell 18 Prozent.

■ **Wirtschaftliche Bedrohung durch China und USA**

Die Bevölkerung sieht die Perspektiven für die kommenden Monate skeptisch und der überwältigenden Mehrheit ist auch bewusst, mit welchen Herausforderungen die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb und angesichts der geopolitischen Lage konfrontiert ist. Vor allem von China und den USA drohen nach dem Eindruck der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Wirtschaft Gefahren. Durch die Politik der derzeitigen amerikanischen Administration hat die Überzeugung in der deutschen Bevölkerung steil zugenommen, dass von den USA Risiken für die deutsche Wirtschaft ausgehen: Vor einem Jahr waren davon 66 Prozent überzeugt, aktuell 78 Prozent. Auch Russland sieht die Mehrheit der Bevölkerung als ein Land, das nicht nur die äußere Sicherheit beeinträchtigt, sondern auch die Perspektiven der deutschen Wirtschaft.

■ **Weiter rückläufiges Sicherheitsgefühl**

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist von bereits niedrigem Niveau aus weiter gesunken. 2025 fühlten sich 60 Prozent in Deutschland alles in allem sicher, aktuell noch 55 Prozent. Dies ist nicht nur ein steiler Rückgang gegenüber der Pandemiezeit, als das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung außerordentlich hoch war, sondern auch gegenüber 2019; damals fühlten sich annähernd drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland alles in allem sicher.

■ **Bedrohung kritischer Infrastruktur wird bewusster**

Die Gefahren für die kritische Infrastruktur sind mittlerweile der überwältigenden Mehrheit bewusst. 71 Prozent zählen Cyber-Attacken auf kritische Infrastruktur zu den größten Gefahren für das Land, 69 Prozent auch die Sabotage von wichtiger Infrastruktur. Lange Zeit waren Risiken für die Infrastruktur für die Bevölkerung kein Thema. Mittlerweile sind ihr diese Risiken nicht nur bewusst, sondern auch die Sorge, persönlich durch Ausfälle der Infrastruktur bedroht zu werden, steigt an. Vor fünf Jahren fühlten sich lediglich 7 Prozent durch das Risiko, dass das Stromnetz zusammenbrechen könnte, persönlich bedroht, aktuell sind es bereits 24 Prozent.

„Der überwältigenden Mehrheit ist mittlerweile bewusst, wie angreifbar ein Land durch Attacken auf die kritische Infrastruktur ist. Allmählich rückt dieses Risiko für die Bevölkerung näher. Der Anteil steigt, der sich dadurch persönlich betroffen fühlt,“ erläutert Professor Dr. Renate Köcher.

■ **Die Bürger nehmen einen stärkeren Fokus auf äußere Sicherheit wahr, nur begrenzt auf innere Sicherheit**

Die Bevölkerung hat durchaus den Eindruck, dass die Regierung Sicherheitsrisiken größere Bedeutung beimisst als die Vorgängerregierung. Das gilt allerdings nur begrenzt für innere Sicherheit, ausgeprägt dagegen für äußere Sicherheit. In Bezug auf innere Sicherheit haben bisher 36 Prozent den Eindruck, dass die aktuelle Regierung auf diesem Gebiet vermehrte Anstrengungen unternimmt; 44 Prozent sehen keinen nennenswerten Unterschied zum Kurs der Ampelregierung.

In Bezug auf äußere Sicherheit ist jedoch die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass die aktuelle Regierung hier deutlich mehr Anstrengungen unternimmt als die Vorgängerregierung: 57 Prozent sind davon überzeugt.

■ **Die USA werden zunehmend als Sicherheitsrisiko gesehen**

Wie schon die akuten Sorgen der Bevölkerung zeigen, beunruhigt sie der Ukraine-Krieg nach wie vor wie kaum ein anderes Thema. Die Ukraine führt auch die Konfliktregionen an, die der Bevölkerung die größten Sorgen machen. 89 Prozent machen sich über die Ukraine und Russland die größten Sorgen, mit einem Abstand gefolgt vom Nahen Osten. Die Sorgen über den Nahen Osten sind zwar zurückgegangen, aber die große Mehrheit ist keineswegs überzeugt, dass die Region befriedet ist: 69 Prozent macht der Nahen Osten nach wie vor große Sorgen. Auf den nächsten Rängen folgen Venezuela und Taiwan. Der Kurs der USA gegenüber Venezuela stimmt knapp die Hälfte der Bevölkerung außerordentlich besorgt, ähnlich viele beunruhigt das China/Taiwan-Problem. Dagegen sind Sorgen über Syrien und Nordkorea signifikant zurückgegangen.

■ Die größten Friedensgefährder

Auch bei der Einschätzung, von welchen Ländern in den nächsten Jahren die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt ausgeht, sind teilweise signifikante Verschiebungen zu beobachten. Zwar steht Russland völlig stabil an der Spitze: 81 Prozent zählen Russland zu den Ländern, von denen in den kommenden Jahren die größte Gefahr ausgeht. Sah die Bevölkerung im vergangenen Jahr neben Russland jedoch vor allem Iran, China und Nordkorea als Länder, von deren Politik Gefahren für den Weltfrieden ausgehen, sind es nun die Vereinigten Staaten. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sehen die Vereinigten Staaten als ein Land, das den Weltfrieden bedroht; vor einem Jahr waren lediglich 46 Prozent dieser Überzeugung.

■ Bedrohungsgefühl durch weitere russische Angriffe rückläufig

Auch in Bezug auf die Einschätzung von Russland ist ein bemerkenswerter Trend zu verzeichnen: Obwohl Russland seit vielen Jahren als das Land gesehen wird, von dem die größten Gefahren für den Weltfrieden ausgehen, hat sich in den letzten zwölf Monaten die Meinung zurückgebildet, dass Russland in den nächsten Jahren nach der Ukraine noch weitere Länder angreifen wird. Vor einem Jahr waren davon 46 Prozent der Bevölkerung überzeugt, aktuell nur noch 35 Prozent. Dieser Trend geht primär auf Westdeutschland zurück, wo das Risiko weiterer russischer Angriffe noch vor einem Jahr als deutlich wahrscheinlicher bewertet wurde als in Ostdeutschland. Damit hat sich Westdeutschland in diesem Punkt dem ostdeutschen Meinungsbild bemerkenswert angenähert.

■ Sinkendes Vertrauen in die NATO

Noch vor einem Jahr war die Mehrheit der Bevölkerung zuversichtlich, dass die NATO einen russischen Angriff auf ein Mitgliedsland erfolgreich abwehren könnte. Aktuell glauben das nur noch 42 Prozent, ein Rückgang innerhalb von zwölf Monaten von 14 Prozentpunkten. „**Das Vertrauen der Deutschen in die NATO ist schlagartig eingebrochen. Auf die Unterstützung durch die USA im Bündnisfall hofft nur noch eine Minderheit,**“ sagt Professor Dr. Klaus Schweinsberg, der Mitherausgeber des Sicherheitsreports. Die Vertrauenseinbußen gehen in hohem Maße darauf zurück, dass der Bevölkerung die Bedeutung der USA für die NATO bewusst ist, sie aber zunehmend an der Bündnistreue der Vereinigten Staaten zweifelt. Nur 32 Prozent sind überzeugt, dass die USA militärisch zu Hilfe kommen würden, wenn ein europäisches NATO-Mitglied angegriffen würde. 35 Prozent sind überzeugt, dass das angegriffene Land nicht auf eine Unterstützung der USA bauen könnte, ein weiteres Drittel ist unsicher. Insbesondere die ostdeutsche Bevölkerung ist überzeugt, dass das angegriffene Land in einem solchen Fall nicht auf die USA zählen könnte: Nur 25 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung gehen davon aus, dass die USA ihren Bündnispflichten nachkommen würden, 50 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

■ Mehrheit für Abschuss von Drohnen, Zurückhaltung bei Kampfflugzeugen

Wenn russische Kampfflugzeuge in den Luftraum von NATO-Staaten eindringen, präferiert die Mehrheit der Bevölkerung eine zurückhaltende Reaktion. Nur jeder Fünfte votiert für eine harte Reaktion, das heißt einen Abschuss der Flugzeuge. Eine völlig andere Reaktion favorisiert die Bevölkerung im Fall von Drohnenüberflügen von Flughäfen, Standorten der Bundeswehr oder ähnlichen Einrichtungen. Wenn Drohnen unbekannter Herkunft über solchen Einrichtungen gesichtet werden, votieren zwei Drittel der Bevölkerung für einen Abschuss, nur 15 Prozent für eine zurückhaltende Reaktion.

■ Angst vor Eskalation – Überlegungen zu Wegzug aus Deutschland

Angesichts der aktuellen Spannungen und drohenden Eskalationen haben 14 Prozent der Bundesbürger bereits darüber nachgedacht, ob sie in Deutschland bleiben würden, wenn das Land in einen Krieg verwickelt würde. Weitere 24 Prozent sind sich sicher, dass sie in einem solchen Fall einen Wegzug aus Deutschland in Erwägung ziehen würden; nur die Hälfte schließt dies für sich rigoros aus.

■ Zutrauen in Stärkung der Bundeswehr

Die Mehrheit der Bevölkerung hat Zutrauen, dass es gelingt, die Bundeswehr in den nächsten Jahren deutlich zu stärken. Vor zwei Jahren waren davon lediglich 38 Prozent überzeugt, aktuell 56 Prozent. Zwar überwiegt noch der Eindruck, dass es hier in den vergangenen zwei Jahren nur sehr begrenzt Fortschritte gab, doch fällt die Bilanz der Bevölkerung zunehmend positiver aus. 2024 hatten lediglich 16 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass es in den ein, zwei Jahren zuvor bereits Fortschritte bei der Ausrüstung der Bundeswehr gab, aktuell sind davon 34 Prozent überzeugt. Der Anteil, der noch keinerlei nennenswerte Fortschritte erkennen kann, ist in den vergangenen zwei Jahren von 60 auf 46 Prozent zurückgegangen.

■ Breite Unterstützung für ein verpflichtendes Dienstjahr

Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit hängt in hohem Maße auch von der personellen Ausstattung der Bundeswehr und von der Zahl der Reservisten ab, die im Kriegsfall einberufen werden könnten. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht ist der Anteil der Bevölkerung, die den Grundwehrdienst geleistet haben, steil zurückgegangen. 21 Prozent der Bevölkerung, 38 Prozent der Männer, aber nur 8 Prozent der unter 30-Jährigen haben noch Erfahrungen mit dem Grundwehrdienst. 2 Prozent der unter 30-Jährigen haben Zivildienst geleistet, 9 Prozent Bundesfreiwilligendienst.

Auch von den 30- bis 44-Jährigen hat nur eine Minderheit Erfahrungen mit Grundwehrdienst und Zivildienst gesammelt. Von den 30- bis 44-jährigen Männern haben 18 Prozent Grundwehrdienst geleistet, von den 45-jährigen und älteren dagegen 53 Prozent. Aufgrund dieser Altersgebundenheit der Wehrdiensterfahrungen rechnet nur eine Minderheit damit, im Kriegsfall zum Dienst bei der Bundeswehr eingezogen zu werden. Von denjenigen, die den Grundwehrdienst geleistet haben, gehen lediglich 19 Prozent davon aus, dass sie eingezogen werden; von den 45- bis 59-Jährigen erwarten das 23 Prozent, von den 60-Jährigen und Älteren gerade einmal 5 Prozent.

Da die junge Generation in der Überzeugung aufgewachsen ist, dass Wehrdienst, wenn überhaupt, für sie nur eine Option unter vielen ist, kann kaum überraschen, dass die aktuelle Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht bei unter 30-Jährigen auf eine andere Reaktion trifft als in der älteren Bevölkerung. Grundsätzlich spricht sich mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung für die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. In der Frage, ob man zunächst auf Freiwilligkeit setzen sollte oder möglichst rasch zu einem verpflichtenden Wehrdienst zurückkehren, ist die Bevölkerung gespalten: 43 Prozent votieren dafür, zunächst auf Freiwilligkeit zu setzen, 41 Prozent für eine rasche Rückkehr zum verpflichtenden Wehrdienst. Die unter 45-Jährigen sprechen sich mehrheitlich dafür aus, zunächst ein, zwei Jahre zu prüfen, ob sich genügend Freiwillige melden, die ältere Generation votiert dafür, so rasch wie möglich zu einer Wehrpflicht zurückzukehren.

Einen breiten Konsens gibt es dagegen in Bezug auf den Vorschlag, ein allgemein verpflichtendes Dienstjahr für Schulabgänger einzuführen. Wenn junge Männer und Frauen für ein Jahr verpflichtet werden, aber die Wahl haben zwischen der Bundeswehr und zivilen Diensten, so wird dieser Vorschlag von 72 Prozent der Bevölkerung unterstützt, auch von 60 Prozent der unter 30-Jährigen.

„Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen positiven Haltung der Deutschen zu Wehrpflicht oder einem verpflichtenden Dienstjahr, ist es völlig unverständlich, warum hier die Politik keine klaren Entscheidungen trifft. Angesichts der absehbaren Herausforderungen für unser Land ist das Unterlassen der Politik mindestens grob fahrlässig,“ kritisiert Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

Es gibt auch Formen des Engagements, die von der jungen Generation überdurchschnittlich unterstützt werden. Das gilt für den Vorschlag, sich zwei Wochen pro Jahr ehrenamtlich bei der Bundeswehr, der Feuerwehr, im Zivilschutz oder einem ähnlichen Dienst zu engagieren. Grundsätzlich wären dazu 52 Prozent der Bevölkerung bereit, bei den unter 30-Jährigen 65 Prozent. Wenn die Prämisse gesetzt wird, dass der Arbeitgeber für ein solches ehrenamtliches Engagement Mitarbeiter freistellt, erhöht sich die Bereitschaft in der Bevölkerung von 52 auf 56 Prozent, unter den Berufstätigen von 56 auf 64 Prozent.

Über den Sicherheitsreport:

Der Sicherheitsreport wurde 2011 vom Centrum für Strategie und Höhere Führung entwickelt und wird seither jährlich erhoben.

Im Auftrag des Centrums für Strategie und Höhere Führung führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach jährlich eine repräsentative Befragung zu den Risikowahrnehmungen und -einschätzungen der Bevölkerung durch. Der Sicherheitsreport 2026 stützt sich auf insgesamt 1.077 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 6. und 19. Januar 2026 durchgeführt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher und Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

Weitere Ergebnisse unter: www.sicherheitsreport.net

Pressekontakt:

Markus Föderl

Markus.Foederl@glh-online.com

0172 9051869

Dr. Markus Küppers

mkueppers@ifd-allensbach.de

07533 805-0

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung ist spezialisiert auf das Coaching und die Fortbildung von Führungskräften. Ein Tätigkeitsschwerpunkt sind Trainings für das Entscheiden in komplexen Lagen und unter hoher Unsicherheit. Das Centrum wurde 2009 von Professor Dr. Klaus Schweinsberg gegründet.

Das Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als »Allensbacher Institut« bezeichnet, wurde 1947 von Professor Dr. Dr. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) gegründet. Es gehört heute zu den renommieritesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach.